

TEIL B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung

1. In den allgemeinen Wohngebieten sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Tankstellen und Gartenbaubetriebe nicht zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung

- 2. Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen von Garagen, Stellplätzen mit ihren Zufahrten und Nebenanlagen im Sinne des § 14 der Baunutzungsverordnung in den allgemeinen Wohngebieten bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 und 6 BauNVO)
- 3. In den allgemeinen Wohngebieten ist das vierte Geschoss als Dachgeschoss mit Satteldach
- In dem reinen Wohngebiet WR 2 ist in den Baufenstern, mit der Festsetzung vier Vollgeschosse, das vierte Geschoss als Dachgeschoss mit Satteldach auszubilden. In dem reinen Wohngebiet WR 2 ist in den Baufenstern, mit der Festsetzung drei Vollgeschosse, das dritte Geschoss als Dachgeschoss mit Satteldach oder als Staffelgeschoss auszubilden.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 Abs. 3 BauNVO)
- 4. Die Festsetzung zum Höchstmaß für bauliche Anlagen (Traufhöhe) bezieht sich auf die Bezugsfläche Normalhöhennull (NHN) im System des Deutschen Haupthöhennetzes 1992 (DHHN 92).

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 Abs. 3 BauNVO)

Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

- 5. In den Gebieten mit abweichender Bauweise 1 (a1) können Gebäude in offener Bauweise bis zu einer Länge von 20 m errichtet werden. Die seitlichen Grenzabstände sind einzuhalten.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §22 Abs. 4 BauNVO)
- 6. In den Gebieten mit abweichender Bauweise 2 (a2) können Gebäude in offener Bauweise ohne Längenbeschränkung errichtet werden. Die seitlichen Grenzabstände sind einzuhalten. (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §22 Abs. 4 BauNVO)
- 7. Eine Überschreitung von Baugrenzen durch untergeordnete Bauteile (Vordächer, Balkone, Erker, Wintergärten, Eingangstreppen u.ä.) um bis zu 1,5 m ist zulässig. Dies gilt nicht für die Baugrenzen an der südlichen Geltungsbereichsgrenze des Wohngebietes WR 2. (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 Abs. 3 BauNVO)
- 8. Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie der dafür ausgewiesenen Flächen zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB i.V.m. §12 Abs. 6 BauNVO)

Grünfestsetzungen

9. Für die befestigten Teile der Grundstücksfreiflächen sind nur wasser- und luftdurchlässige Ausführungen zulässig. Auch Wasser- und Luftdurchlässigkeit wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterbau, Fugenverguss, Asphaltierungen und Betonierungen sind unzulässig. Diese Festsetzung gilt nicht für die innerhalb der Baugebiete anzulegenden Stellplätze mit ihren Zufahrten.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- 10.In den Wohngebieten ist pro angefangene 150 m² nicht überbaubarer Grundstücksfläche ein Laubbaum (Hochstamm) mit einem Stammumfang von mindestens 16/18 cm (3x v) anzupflanzen. Es sind Arten der Pflanzliste zu verwenden. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen. Vorhandene Bäume außerhalb der Flächen mit Bindungen zum Anpflanzen werden angerechnet, ebenso die gemäß textlicher Festsetzung Nr. 13 anzupflanzenden Bäume für die Gliederung von Stellplätzen.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 25. a) BauGB)
- 11.In privaten Grünflächen und in den Flächen mit Bindungen zum Anpflanzen ist pro angefangene 150 m² Grünfläche oder Grundstücksfläche ein standortgerechter Solitärbaum (Hochstamm) mit einem Mindeststammumfang von 16/18 cm, (3x v) zu pflanzen. Es sind Arten der Pflanzliste zu verwenden. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen. Vorhandene Bäume in den Grünflächen und in den Flächen mit Bindungen zum Anpflanzen sind anzurechnen.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 25. a) BauGB)
- 12.Das auf den Dachflächen innerhalb des Baugebietes, den privaten Verkehrsflächen, Stellplätzen und den sonstigen befestigten Teilen der Baugrundstücke anfallende nicht schädlich verschmutzte Niederschlagswasser ist in ein Mulden-Rigolen-System zu versickern, die Versickerungsfähigkeit ist dabei durch ein Bodengutachten nachzuweisen. Sofern Niederschlagswasser darüber hinaus von den privaten Flächen in das öffentliche Entwässerungsnetz eingeleitet werden soll, ist die Einleitung mit der Gemeinde abzustimmen.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)
- 13. Stellplatzflächen sind mit Bäumen und Sträuchern zu umpflanzen. Je 4 Stellplätze ist mindestens ein hochstämmiger Laubbaum mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm zu pflanzen. Es sind Arten der Pflanzliste zu verwenden. Die Bepflanzungen sind zu erhalten und bei Abgang nachzupflanzen.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. Nr. 25. a) BauGB)
- 14.Im südlichen und nördlichen Randbereich des Geltungsbereiches ist eine durchgängige Hecke mit Arten der Pflanzliste zu pflanzen.
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. Nr. 25. a) BauGB)
- 15.Die Flächen GRFLr sind mit einem Geh-, Radfahr- und Fahrrecht zugunsten der Allgemeinheit und einem Leitungsrecht zugunsten der zuständigen Versorgungsträger zu
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

16.Die Flächen GRLr sind mit einem Geh- und Radfahrrecht zugunsten der Allgemeinheit und einem Leitungsrecht zugunsten der zuständigen Versorgungsträger zu belasten.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) Sonstige Festsetzungen

17.Im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes treten alle bisherigen Festsetzungen und baurechtlichen Vorschriften, die verbindliche Regelungen der in § 9 Abs. 1 BauGB bezeichneten Art enthalten, außer Kraft.

HINWEISE

Die Einteilung der Straßenverkehrsflächen ist nicht Gegenstand der Festsetzung.

Die Baufeldfreimachung einschließlich von Maßnahmen zur Vegetationsbeseitigung und Baumfällungen sind außerhalb der Brutzeiten von Vögeln im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28. Februar durchzuführen.

Sollten im Vorfeld von Baumaßnahmen oder Maßnahmen zur Vegetationsbeseitigung Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der europäisch geschützten Arten (alle Vogelarten, Arten des Anhangs IV der FFH-RL) festgestellt werden und deren Beseitigung zur Realisierung der Baumaßnahme unabdingbar sein, sind diese vor Beginn der Arbeiten zu erfassen und der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises zur Kenntnis zu geben. Hieraus können sich Restriktionen für die Baumaßnahme ergeben oder die Durchführung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen bzw. die Erteilung von Ausnahmen von den Verboten des besonderen Artenschutzes erforderlich werden.

Die nachfolgende Liste enthält geeignete einheimische, standortgerechte, klimaangepasste Baum- und Straucharten, die für die festgesetzten Pflanzungen zu verwenden sind.

Pflanzliste 1 (Bäume) Feld-Ahorn Acer campestre

Kornelkirsche

Spitz-Ahorn Acer platanoides Hänge-Birke Betula pendula Hain-Buche Carpinus betulus Amberbaum Liquidamber styraciflua Wildapfel Malus sylvestris Vogel-Kirsche Prunus avium Berg-Ulme Ulmus glabra Flatter-Ulme Ulmus laevis Feld-Ulme Ulmus minor

Cornus mas

Sorten der festgesetzten Arten sind zulässig, mit Ausnahme von Kugel-, Zier- und Trauerformen. Obstbäume als Hochstämme in Sorten sind zulässig. Quercus

Sowie Arten der Gattungen: Alnus Mehl- u. Vogelbeeren Sorbus Rot-, Weißdorn u.a. Crataegus Fraxinus Esche Linde Tilia Rot- u. weiß Aesculus blühende Kastanie

Pflanzliste 2 Sträucher			
Feld-Ahorn	Acer campestre	Schlehe	Prunus spinosa
Felsenbirne	Amelanchier	Steinweichsel	Prunus mahaleb
Haselnuss	Corylus avellana	Wildrosen in Arten	Rosa spec.
Sauerdorn	Berberis vulgaris	Purgier-Kreuzdorn	Rhamnus cathartic
Cornus mas	Kornelkirsche	Beerensträucher	Rubus u. Ribes
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea	Sal-Weide	Salix caprea
Zweigriffliger Weißdorn	Crataegus levigata	Besenginster	Sarothamnuis scor
Eingriffliger Weißdorn	Crataegus monogyna	Gemeiner Schneeball	Viburnum opulus
Pfaffenhütchen	Euonymus europaea	Wolliger Schneeball-	Viburnum lantana
Färber-Ginster	Genista tinctoria	Hainbuche-	Carpinus betulus
Waldgeißblatt	Lonicera periclymenum	Rotbuche-	Fagus sylvatica

Eibe-

Liguster-

VERFAHRENSVERMERKE

Gemeine Heckenkirsche Lonicera xylosteum

- . Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die planungsrelevanten baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. Schöneiche bei Berlin , den 5.10.4016... Siegel Anja Junge
- 2. Der Bebauungsplan 2/90 "Wohngebiet Stegeweg" 1. Anderung im Teilbereich Gemeindevertretung der Gemeinde Schöneiche bei Berlin als Satzung beschlossen. Schöneiche bei Berlin , den 13.10 2016 Siegel Heinrich Jüttne
- 3. Die Satzung des Bebauungsplanes 2/90 "Wohngebiet Stegeweg", 1. Änderung im Teilbereich West, bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Begründung (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Schöneiche bei Berlin , den 13.10.2016

Bürgermeister 4. Der Bebauungsplan 2/90 "Wohngebiet Stegeweg", 1. Änderung im Teilbereich West, ist gemäß § 10 BauGB ortsüblich im Amtsblatt für die Gemeinde Schöneiche bei Berlin Nr. 7. vom24.10.2016 ... mit dem Hinweis bekannt gemacht worden, dass der Bebauungsplan mit der Begründung bei der Gemeindeverwaltung von jedermann eingesehen und Auskunft verlangt werden kann. Auf die Rechtsfolgen des § 44 (3) Satz 1, 2 sowie (4); § 215 (1) BauGB wurde hingewiesen. Mit der o. g. Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten. Schöneiche bei Berlin , den .. 25.10.2016 | Siegel

Bürgermeister 5. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes 2/90 "Wohngebiet Stegeweg" im Teilbereich West ist Bestandteil des Bebauungsplanes 2/90 "Wohngebiet Stegeweg". Schöneiche bei Berlin , den .13.10.2016 Siegel Heinrich Jüttner

icus oparius

Taxus baccata

Heinrich Jüttner

Heinrich Jüttner

Bürgermeister

Ligustrum vulgare

Gemeinde Schöneiche bei Berlin

Durchfahrt, Arkade

Bebauungsplan 2/90 "Wohngebiet Stegeweg" 1. Änderung im Teilbereich West

PLANZEICHENERKLÄRUNG

(§ 1 Abs. 2-9 und § 16 Abs. 5 BauNVO)

REINES WOHNGEBIET (§ 3 BauNVO)

FLÄCHEN FÜR GEMEINBEDARF

ART UND MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

ALLGEMEINES WOHNGEBIET (§ 4 BauNVO)

GRUNDFLÄCHENZAHL (§§ 16 und 19 BauNVO)

(§§ 16 und 20 BauNVO) als Höchstmaß, z.B. III

OFFENE BAUWEISE (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

offene Bauweise ohne Längenbeschränkung

BAUGRENZE (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

PIVATE GRÜNFLÄCHE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB) hier: Regenrückhaltebecken

BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG

ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHE MIT

BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG:

- VERKEHRSBERUHIGTER BEREICH

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN

MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT ZU

Geh-, Radfahr-, Fahr- und Leitungsrecht

Geh-, Radfahr- und Leitungsrecht

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)

FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

SPIELPLATZ

STELLPLÄTZE

SONSTIGE DARSTELLUNGEN

BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) FLÄCHEN MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT

ANPFLANZUNG UND ERHALTUNG VON BÄUMEN,

FLÄCHEN FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN,

STRÄUCHERN UND SONSTIGE BEPFLANZUNGEN

Wohnhaus Schuppen Scheune Garage Ziegel Pappe

STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

PRIVATE VERKEHRSFLÄCHE

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAU-BARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN SOWIE DIE STELLUNG **DER BAULICHEN ANLAGEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

ABWEICHENDE BAUWEISE 1 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

ABWEICHENDE BAUWEISE 2 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

VERKEHRSFLÄCHEN SOWIE VERKEHRSFLÄCHEN

offene Bauweise mit Längenbeschränkung 20 m.

DES BEBAUUNGSPLANES

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) ---- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

z.B. GRZ 0,30

ZWECKBESTIMMUNG KITA

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE

K

GRLr

St

vermarkter Grenzpunkt unvermarkter Grenzpunkt

Flurstücksnummer Flurstücksgrenze

Zaun
Hecke
Mauer und Pfeiler
Stützmauer
Nutzungsartengrenze
Böschung (Oberkante)
Böschung (Unterkante)

(§ 9 Abs. 7 BauGB)



Holzmast Stahlrohrmast Laterne Schaltkasten Zapfstelle/Hahn

Oberkante Unterkante Traufhöhe Firsthöhe

Wasser-Schiebe
Gas-Schieber
Einsteigeschach



Stand: 01.09.2016 M. 1:1.000 (A1)





